ÖSTERREICHISCHE

Nummer 3 | Juli 2013 | 100. Jahrgang

Sparkassen Zeitung

ERSTE BANK SPARKASSE

www.sparkasse.at

KMU-Studie
Für den Großteil der Unternehmen ist Modernisierung derzeit wichtiger als Expansion.
>> *Seite 3*

CSR-Bericht
Sparkassen wendeten 2012 kapp 22,2 Mio. Euro für gemeinwohlorientierte Leistungen auf.
>> *Seite 5*

Bankenunion
EU-Staaten einigen sich auf gemeinsame Haftungsregeln für Banken.
>> *Seite 7*

Gerhard Fabisch: „Wir sind derzeit nicht in der Lage, die Eigenmittelkosten zu verdienen."

Die Quadratur des Kreises

Rund um die Bankensteuer droht ein österreichisches Schicksal: Aus einem befristeten „Provisorium" soll eine Dauereinrichtung werden. Angesichts der Rahmenbedingungen, mit denen Österreichs Banken derzeit und in Zukunft konfrontiert sind, eine strukturelle Fehlentscheidung. Bankenunion, Finanztransaktionssteuer, Basel III und die von allen Regulatoren geforderte Steigerungen der Eigenmittelquoten bilden das Umfeld. Ausreichende Unternehmensfinanzierung und Stärkung des Risikokapitals sind die unbestrittenen Postulate: Das gleicht mittlerweile der Quadratur des Kreises.

Milan Frühbauer

Die Banken sollen zahlen! Dieser Schlachtruf der Politik ist am Stammtisch ohne Zweifel mehrheitsfähig. „Die Verursacher der Krise sollen ihren Sanierungsbeitrag leisten, nicht immer der Steuerzahler." Diese einfache politische Formel dominiert die Diskussion. Warum auch jene Banken zahlen sollen, die mit der Verursachung der Finanzkrise aber schon gar nichts zu tun hatten? Mit solchen Details hält sich die Politik hierzulande nicht weiter auf ...

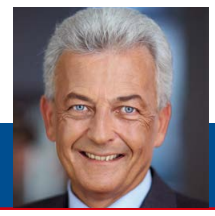
„Bankensteuer ist wettbewerbsverzerrend"

„Es ist Unfug zu behaupten, dass die Bankensteuer niemanden belastet. Sie behindert die Banken beim allseits geforderten Aufstocken der Eigenmittel und sie gefährdet die Kreditfinanzierung, wenn im Zuge der Konjunkturbelebung die Kreditnachfrage wieder steigen wird", betont Gerhard Fabisch, Vorstandsvorsitzender der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG. Die Steuer sei wettbewerbsverzerrend, weil sie bei der Bilanzsumme ansetzt und nicht bei der Ertragslage. Das sei für den Bankenstandort Österreich garantiert das falsche Signal. „Wir verdienen unsere Kapitalkosten in Europa derzeit einfach nicht mehr. Die Steiermärkische müsste rund 90 Mio. Euro Gewinn nach Steuern erzielen, um die tatsächlichen Kapitalkosten realistisch zu decken", meint Fabisch. Das tatsächliche Ergebnis liegt deutlich darunter.

„Auch wenn unsere Bank mit knapp 3 Mio. Euro an Bankensteuer vergleichsweise eine überschaubare Belastung zu tragen hat, es sind die kumulativen Effekte, die uns Sorgen machen müssen." Fabisch verweist auch auf die überproportionale Höhe zum Ausland. Die Banken in Deutschland zahlten insgesamt genauso viel wie die österreichische Kreditwirtschaft, ein „krasses Beispiel für die Disproportionalität". Den Analysten seien diese Rahmenbedingungen weitgehend egal, die konzentrieren sich auf die harten Fakten. Zumal die Bankensteuer in Deutschland in einen Sonderfonds fließe, während sie hierzulande im laufenden Budget lande.

Und wie reagieren Politiker, wenn man ihnen die Zusammenhänge klar

Meine Meinung



Von der Melkkuh zum Packesel

Der Stammtisch ist begeistert, und die Meinungsforschung liefert satte absolute Mehrheiten der wohlwollenden Zustimmung: Die vom Bundeskanzler geforderte unbefristete Verlängerung der Bankensteuer über 2017 hinaus wird des Volkes Stimme gerecht und bedient die beachtlichen Ressentiments gegenüber den Banken insgesamt mit politischer Zielgenauigkeit. Was nichts daran ändert, dass eine solche Maßnahme im aktuellen Umfeld, dem sich Banken national wie international gegenübersehen, mit Entschiedenheit bekämpft werden muss. Denn auch die Steuerpolitik kann zum systemischen Risiko werden.

Alle Regularien, die für die Kreditwirtschaft bereits gelten oder neu auf uns zukommen, fordern ein kräftiges Anheben der Eigenmittel. Und das in einer Zeit, in der die Ertragslage massiv unter Druck steht. Im Spektrum zwischen historischem Zinstief, bestenfalls stagnierender Sparquoten, flauer Konjunkturentwicklung und einer Fülle von Zusatzbelastungen, die schon ante portas stehen, ist das die Quadratur des Kreises.

Aktuell sind in Österreich rund 625 Mio. Euro an Bankensteuer zu entrichten. Dieser Betrag geht weitgehend in das laufende Budget und wird via Finanzausgleich zu fast einem Drittel(!) an die Länder weitergereicht. Also pikanterweise auch an Kärnten! Im Gegensatz dazu werden in vielen Ländern Einnahmen aus einer allfälligen Sonderbesteuerung der Banken Krisen- und Strukturfonds zugeführt. Diese sollen dann künftighin bei diversen „Schieflagen" einzelner Institute bei Sanierung oder Abwicklung die öffentliche Hand entlasten. So wie es die EU den nationalen Regierungen auch empfohlen hat. In Österreich leider ohne Resonanz. Ein wesentlicher, struktureller Unterschied …

Das rächt sich jetzt: Denn im Zuge der Europäischen Bankenunion kommen neue Belastungen auf die Banken zu. Da sind vor allem die „Resolution Funds" zu beachten, die in Zukunft die Abwicklung ins Trudeln geratener Institute finanzieren sollen. Diese Abwicklungsfonds werden von den Banken zu dotieren sein. Für Österreich heißt das: Noch eine Bankenabgabe!

Dazu kommt ein Fonds für die Einlagensicherung, denn auf europäischer Ebene will man ex ante für den Fall der Fälle vorsorgen. Die aktuelle österreichische Einlagensicherung wird hingegen erst im Schadensfall – also gleichsam ex post – aktiviert. Die Liste zukünftiger Bankenbelastungen setzt sich fort: Die einheitliche Bankenaufsicht, die jetzt auf EU-Ebene installiert werden soll, wird sich ebenfalls aus Beiträgen der Banken finanzieren. Dass auch die Finanztransaktionssteuer – egal in welcher konkreten Ausformung sie auch kommt – Zusatzkosten für uns alle verursachen wird, liegt auf der Hand.

Aus der Melkkuh, die bekanntlich nahrhaftes Ertragsfutter braucht, das aber spärlicher wird, soll also ein geduldiger Packesel werden. Wesentlich genügsamer in der Ernährung und belastbarer beim Gewicht des Aufgebürdeten. Nur störrisch darf er nicht werden ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt Wien 1030 | Zig. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

Vorstandswechsel in der Erste Group

Der bisherige Finanzvorstand der Erste Group, Manfred Wimmer, tritt Anfang September in den Ruhestand. Seine Funktion übernimmt der bisherige Risikovorstand Gernot Mittendorfer. Neuer Risk Manager im Vorstand wird Andreas Gottschling, der bis vor kurzem als Bereichsleiter bei der Deutschen Bank für die Risikoanalyse sowie das operative Risikomanagement zuständig war.

Andreas Gottschling und Gernot Mittendorfer

Erste zahlt Partizipationskapital zurück

Die Erste Group ist die erste Bank, die das 2008 erhaltene Partizipationskapital zurückzahlen wird. Insgesamt handelt es sich um 1,76 Mrd. Euro, von denen gut 1,2 Milliarden von der Republik Österreich stammten. Der Rest kam von privaten Investoren.
Um das Eigenkapital durch die Rückzahlung nicht stark zu schwächen, plant die Bank eine Kapitalerhöhung, die 660 Mio. Euro einbringen soll.

Die Zweite Sparkasse in Graz feierte 5. Geburtstag

Die von der ERSTE Stiftung in Wien initiierte Idee zur Gründung der Zweite Sparkasse wurde vor fünf Jahren auch in der Steiermark umgesetzt. Wurden zu Beginn 280 Kunden betreut, sind es aktuell über 1.300 Kunden aus allen Alters- und Bildungsschichten. Über 70 aktive und ehemalige Mitarbeiter der Steiermärkischen Sparkasse arbeiten dafür ehrenamtlich und in ihrer Freizeit.

Preis für soziale Integration in CEE

Am 27. Juni wurden die Gewinner des Preises für soziale Integration der ERSTE Stiftung 2013 bekannt gegeben: 35 Projekte, die sich der Integration von Randgruppen in 13 zentral- und südosteuropäischen Ländern widmen. Der erste Preis ging an das rumänische Projekt „Ich fürchte mich nicht!“. Unter den Gewinnern waren auch vier österreichische Organisationen.

ERSTE-Chef Andreas Treichl mit Vertretern der Siegerprojekte.

zu machen versucht? Fabisch ist da illusionslos: „Für die Politik ist das gegenwärtig ein Null-Thema. Auch auf Landesebene. Erst wenn künftig der Zusammenhang zwischen Kreditklemme und steigender Arbeitslosigkeit evident wird, dann wird die Finanzierung des notwendigen Wirtschaftswachstums wohl wieder ein Thema für die Politik.“

Banken nicht „strangulieren“
Manche Politiker sehen das jetzt schon realistisch: Günter Stummvoll, Finanzsprecher der ÖVP und parlamentarisch leider in statu abeundi: „Es ist sicher richtig, darüber nachzudenken, was die Banken zur Überwindung der Finanzkrise beitragen können. Aber man darf die Banken nicht dreifach belasten. Bevor man also über eine unbefristete Verlängerung der Bankenabgabe verhandelt, muss man abwarten, wie sich etwa die Finanztransaktionssteuer und die strengeren Eigenkapitalvorschriften – etwa als Folge von Basel III – auswirken werden“, meint Stummvoll. Ganz Europa lechze derzeit nach einem Wiederanspringen des Konjunkturmotors. Da sei es kontraproduktiv und verantwortungslos die Banken mit immer mehr Reglementierungen und Steuern zu „strangulieren.“
Auch der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, fordert eine umfassende Betrachtung der auf Banken zukommenden Zusatzbelastungen (siehe auch sein Editorial): „Die Abwicklungsfonds im Zuge der Europäischen Bankenunion werden zusätzlich zu dotieren sein. Das heißt im Klartext: Es kommt eine weitere Belastung auf uns zu. Mit allen kumulativen Effekten.“

© Parlamentsdirektion/Wilke

Günter Stummvoll: „Die Auswirkungen von Basel III und der Finanzstransaktionssteuer abwarten.“

Rationalisierungsmöglichkeiten begrenzt
Obsiegt vielleicht in der nächsten Legislaturperiode in Sachen Bankensteuer die ökonomische Vernunft? „Als gelernter Österreicher ist da meine Hoffnung gering“, meint Fabisch. Der Verzicht auf Steuereinnahmen wäre derzeit generell problematisch. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die indirekte Verschuldung vieler Gemeinden auf dem Umweg über viele kommunale Betreibergesellschaften.

> „Man darf die Banken nicht dreifach belasten.“
>
> ÖVP-Finanzsprecher Günter Stummvoll

Die Lage sei mehr als komplex, doch die Politik negiere die interdependenten Wirkungen von Entscheidungen: „Die KMU können sich nicht über Unternehmensanleihen finanzieren, die brauchen den Bankkredit. Wir in den Banken stoßen bald an die Grenzen der Rationalisierungsmöglichkeiten und ambitionierten Kostensenkungsprogramme. Die Sparkassen müssen in der Fläche präsent bleiben. Und der Kapitalmarkt findet die Renditen der Banken von derzeit rund 3,5 Prozent des Eigenkapitals gar nicht toll“, so der nüchterne, aber realistische Befund des Chefs der Steiermärkischen Sparkasse.
Bleibt nur noch die Hoffnung, dass die faktenorientierte Betrachtungsweise das derzeit so beliebte Banken-Bashing bei den verantwortlichen Politikern bald ablöst. Denn für die Quadratur des Kreises wird bekanntlich schon seit der Antike keine brauchbare Formel angeboten.

„Erschwert den Aufbau von Kernkapital“

Die Politik will die Bankensteuer zur einer „Dauereinrichtung“ machen. Über das Jahr 2017 hinaus. Über die Folgen und unerwünschten Nebenwirkungen spricht Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich, Klartext.

Sparkassenzeitung: Welche strukturellen Auswirkungen hat die Bankensteuer auf die Sparkassengruppe?
Uher: In Wahrheit wird den Instituten durch die Steuer Kapital entzogen, das sie für den Aufbau des Kernkapitals benötigen. Und nicht vernachlässigen sollte man auch die Auswirkungen auf die Kreditvergabe. Ganz generell ist jede Steuer, die nur selektiv auf einige wenige Betriebe eingehoben wird, naturgemäß wettbewerbsverzerrend.

Welche langfristigen Folgen kann diese enorme Zusatzbelastung der heimischen Kreditwirtschaft für den Finanzplatz Österreich haben?
Die deutsche Kreditwirtschaft, die rund zehnmal größer ist als unsere, zahlt in etwa genausoviel an Bankensteuer wie die österreichische. Dort gehen die Beiträge zumindest in einen gesonderten Fonds, bei uns direkt ins Budget. Neben der Wettbewerbsverzerrung macht sie uns den Aufbau von Kernkapital schwerer.

© Daniel Hinterramskogler

Thomas Uher: „Bankensteuer ist auch wettbewerbsverzerrend.“

Ist die Schädlichkeit dieser Bankensteuer für die national wie international geforderten Verbesserungen der Eigenmittelausstattung der Banken der Politik nicht zu vermitteln?
Das ist eine gute Frage. Anscheinend nicht. Aber möglicherweise geht es hier ja auch nicht um eine wirtschaftspolitisch wohldurchdachte Steuer, sondern um etwas ganz anderes.

Sehen Sie Chancen, die geplante Prolongation eines österreichischen Provisoriums in der nächsten Legislaturperiode zu verhindern?
Aufgeben tut man einen Brief. Wir werden alles tun, um auf die negativen Auswirkungen auf die gesamte Branche hinzuweisen. Provisorien haben bei uns eine lange Lebensdauer, aber die Bankensteuer sollte sowohl in der Höhe als auch in der Struktur verändert werden.

Wären Sie – wenn es denn schon sein muss – für die Adressierung dieser Steuern in einem staatlichen Strukturfonds nach deutschem Vorbild?
Das wäre zumindest eine sinnvolle Verwendung.

KMU: Modernisierung rangiert vor Expansion

Österreichs Unternehmen sind im Europa-Vergleich immer noch sehr krisenresistent. Ein steigender Anteil sieht Wachstum aber derzeit nicht mehr als wichtigstes Investitionsmotiv. 70 Prozent der Betriebe fokussieren auf die Modernisierung ihres Unternehmens. Bei relativ konstantem Kreditbedarf steigt die Zahl jener, die gleich mehr als eine halbe Million Euro brauchen. Immer drückender wird die Last der Personalkosten.

Die von Erste Bank und Sparkassen in Auftrag gegebene IMAS-Studie ermittelte Erfolgsfaktoren und Zukunftsaussichten für Österreichs kleine und mittelständische Unternehmen. Die wichtigsten Ergebnisse: 70 Prozent der befragten Betriebe sehen die Modernisierung ihres Unternehmens als wichtigste Maßnahme, um sich erfolgreich zu entwickeln (+5 Prozent zum Vorjahr). An zweiter Stelle steht mit 60 Prozent (+2 Prozent) die Kooperation mit anderen Unternehmen. Rund die Hälfte stuft die Aufstockung des Personalstands als realistischen Erfolgsfaktor für die Zukunft ein. Die Vergrößerung des Betriebs, die 2011 noch von 38 Prozent als sehr wichtig eingestuft wurde, ist mit 33 Prozent jetzt von geringerer Bedeutung.

VDir. Helge Haslinger und Andreas Kendler von der Sparkasse NÖ Mitte West: „Die Finanzierung der österreichischen Wirtschaft gehört zu unseren Kernaufgaben."

Veränderung des Bankgeschäfts

Für jedes zweite Unternehmen hat sich die Abwicklung von Bankgeschäften in den vergangenen Jahren verändert. Sieben von zehn Unternehmern sind Online-Lösungen wichtig. Erste Bank und Sparkassen setzen daher auf intelligente Kontoinnovationen auch für Unternehmen. „Wir bieten in Österreich als erste Bank ein Konto, das mit der Buchhaltung automatisch verknüpft ist", so Andreas Kendler, Leiter Firmenkunden der Sparkasse Niederösterreich Mitte-West. Dabei werden die Konto-Ein- und Ausgänge automatisch in die Buchhaltungssoftware eingespielt. So wird eine komplette Ein- und Ausgabenrechnung oder doppelte Buchhaltung per Knopfdruck möglich.

Der Einsatz von neuen Medien hat auch für 52 Prozent den Auftritt ihrer eigenen Firma nach außen verändert. Hier hat etwa Niederösterreich hohe Zuwächse zu verzeichnen. Den Geschäftskontakt zu ihrer Hausbank sieht österreichweit rund ein Drittel im Wandel. Mittlerweile nutzen nun von zehn Kommerzkunden bei Erste Bank und Sparkassen online Banking Services.

Polarisierung der Zukunftserwartungen

46 Prozent der österreichischen Unternehmen zeigen sich für die mittelfristige Entwicklung ihres Betriebes optimistisch. Vor zwei Jahren lag dieser Anteil bei 50 Prozent. Der Anteil an Pessimisten hat sich seit 2011 von 3 Prozent auf 7 Prozent mehr als verdoppelt. Dabei sind die regionalen Unterschiede aber frappant: In Kärnten blicken nur 31 Prozent der KMU den nächsten Jahren optimistisch entgegen; in Vorarlberg sind es dagegen 52 Prozent, in Oberösterreich kommt der Optimismus mit 55 Prozent zu einer absoluten Mehrheit.

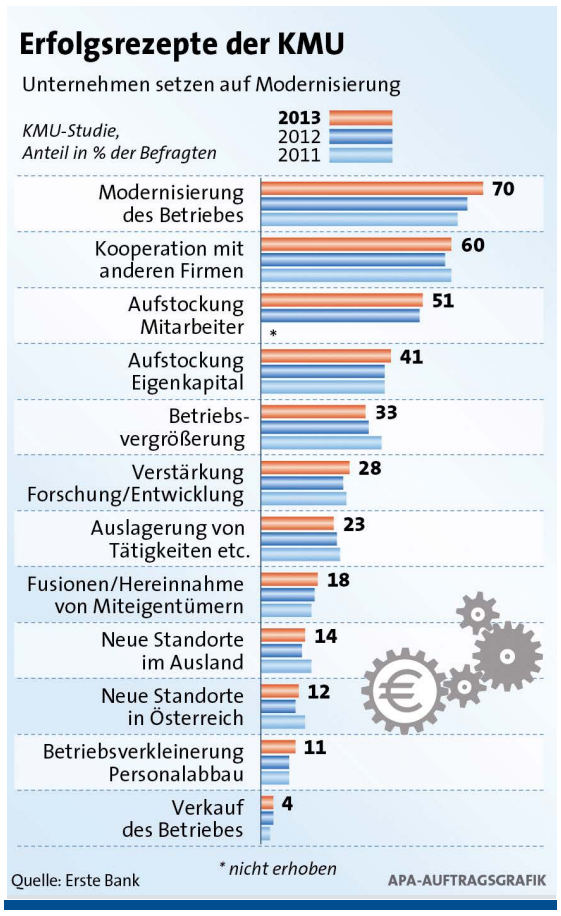
Kleinere Firmen sind im Vergleich pessimistischer eingestellt. Mittelfristig wollen auch Erste Bank und Sparkassen im Firmenkundengeschäft wachsen: Zurzeit ist jedes vierte Unternehmen Hauptkunde. In den kommenden Jahren ist das Ziel, den Anteil auf 33 Prozent zu steigern. „Die Finanzierung der österreichischen Wirtschaft gehört zu unseren Kernaufgaben", so Helge Haslinger, Privat- und Firmenkundenvorstand der Sparkasse NÖ Mitte West.

Kreditbedarf bleibt konstant

Brauchen Sie einen Kredit in den nächsten zwei Jahren? Diese Frage beantworten konstant 26 Prozent mit einem klaren „Ja". Jenes Viertel, das eine Finanzierung ins Auge fasst, braucht dann gleich mehr als 500.000 Euro, das sind um 7 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Die aufgenommenen Kredite dienen in erster Linie (75 Prozent) der Investition in Modernisierungsmaßnahmen. Die Kreditzinsen liegen im europäischen Vergleich in Österreich sehr niedrig. „Daher ist jetzt für Unternehmer eine Zinsfixierung sehr sinnvoll", meint Helge Haslinger. Erste Bank und Sparkassen haben heuer bereits 1,24 Mrd. Euro an frischen Krediten vergeben. „In Anbetracht der verhaltenen wirtschaftlichen Prognose für 2013 ist das gut. Die Nachfrage ist aber nach wie vor nicht brüllend", so Andreas Kendler. Außerdem sind bei der Finanzierungsfrage Förderungen ein großes Thema zur Unterstützung im Finanzmix. Die Fördertöpfe sind gut gefüllt, oft wissen Unternehmer aber gar nicht, dass sie Zuschüsse oder Haftungen beantragen können. Daher haben Erste Bank und Sparkassen den Förder-Check für Unternehmer ins Leben gerufen, wo Unternehmen online eine Förderabfrage stellen können: http://foerderungscheck.sparkasse.at

-sap-

> „Zinsfixierung für Unternehmer ist sinnvoll"



Links für Unternehmer

http://www.kmu-stresstest.at
http://foerderungscheck.sparkasse.at
www.sparkasse.at/businesskonto

EINBLICK

Milan Frühbauer

Die Hardware ist noch in Ordnung

Die Präsentation des „Jahreswirtschaftsberichts" der Bundesregierung ist alljährlich willkommene Gelegenheit, sich selbst – und gelegentlich auch den rund vier Millionen berufstätigen Menschen in diesem Lande – auf die ökonomische Schulter zu klopfen. So auch diesmal. Die Basisdaten sind ja nach wie vor in Ordnung, im internationalen Vergleich da und dort sogar beeindruckend. Die Zahlungsbilanz, der wichtigste Indikator für internationale Wettbewerbsfähigkeit, ist hochaktiv. Die bisherigen Ergebnisse im Außenhandel lassen erwarten, dass das auch für 2013 so bleibt. Denn der Importüberschuss in der Handelsbilanz schmilzt vorerst auf ein Drittel des Vorjahres.

Noch gilt das Schulterklopfen

Für die Beschäftigungsdaten haben wir uns alle in den vergangenen Monaten mehrfach wortreich belobigt. Dass die Exporte in den ersten Monaten dieses Jahres eine beachtliche Widerstandskraft gegen die rezessiven Tendenzen in den meisten europäischen Industriestaaten aufweisen, das wird von Politik und Medien schon weniger beachtet. Man weiß ja, die vielen Zahlen ...

Die Wintersaison im Tourismus lief prächtig und der „Hochwasser-Knick" sollte im Verlauf der Saison egalisiert werden können. Die Budgetgebarung ist auf Konsolidierungspfad! Hier gilt allerdings das Schulterklopfen überwiegend dem Steuerzahler, denn die Steuereinnahmen stiegen bis vor Kurzem rund doppelt so stark an wie das nominelle BIP.

Der Insolvenzantrag eines großen Baukonzerns, die anhaltende Investitionszurückhaltung bei den KMU und die Statistik der KFZ-Neuzulassungen beginnen jedoch das „amtliche" Konjunkturbild zu konterkarieren.

Dennoch: Die makroökonomischen Basisdaten, also die „Hardware", sind weiterhin einigermaßen in Ordnung.

Aber bei der standortpolitischen Software, also der immer intensiver werdenden Diskussion über die künftigen Rahmenbedingungen unternehmerischen Tuns oder Lassens, geht es derzeit drunter und drüber. Kaum ein Tag ohne neue Vorschläge zur Verbesserung von Sozialtransfers, zur Erhöhung bestehender oder gar der Einführung neuer Steuern.

Gewiss, es ist Vorwahlkampf. Aber das kümmert den heimischen, vor allem aber den ausländischen Investor wenig. Für ihn braut sich da ein Amalgam aus weiterer Erhöhung der Lohnnebenkosten, des Spitzensteuersatzes, vor allem aber der Substanzbesteuerung zusammen.

Gift für den Wirtschaftsstandort

Der jüngst abgehaltenen ÖGB-Bundeskongress hat in diese Richtung noch kräftig aufgemischt. Bei einigen der gewerkschaftlichen Forderungen – wie etwa Vermögenssteuern und Zusatzbesteuerung höherer Einkommen – mag man noch gelten lassen, dass Interessenvertretungen in einer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft gelegentlich Duftmarken des „Stallgeruchs" für die Kern-Klientel setzen wollen. Bei der Forderung nach der sechsten Urlaubswoche fragt man sich aber dann doch, ob denn Funktionäre tatsächlich so weit von der betrieblichen Realität abkoppeln können.

Selbst bei den betroffenen Arbeitnehmern ruft das mehrheitlich Kopfschütteln hervor.

Am 29. September wird gewählt, und bis dahin darf so manches aus dem wirtschaftspolitischen Disput nicht zum Nennwert eingebucht werden. Aber allein diese Vorschlagsflut, die in der Folge zu einem weiteren Anstieg der Steuer- und Abgabenquote führen muss, ist Gift für den Wirtschaftsstandort Österreich. Vor allem für potentielle Investoren hat sie toxische Wirkung, egal ob es um Sachinvestitionen oder Geldvermögensbildung zur Deckung der Pensionslücke geht. Dessen scheinen sich die Steuerinnovatoren und Umverteilungsmaximierer nicht bewusst zu sein.

Also muss man es ihnen offen sagen. Gerade weil jetzt der Wahlkampf kommt!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie" ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Exzellente Kundenorientierung

Der Finanz-Marketing Verband Österreich (FMVÖ) hat bereits zum siebenten Mal den „Recommender Award“ vergeben. Nachdem sich im Vorjahr gleich vier Banken den ersten Platz für „exzellente Kundenorientierung“ geteilt hatten, konnte sich bei den bundesweiten Banken diesmal die Österreichische Sparkassengruppe als alleiniger Gewinner durchsetzen.

Herausforderungen identifizieren

ACADEMIA SUPERIOR, Oberösterreichs Gesellschaft für Zukunftsforschung, hat es sich zur Aufgabe gemacht, aktuelle ökonomische, gesellschafts- und sozialpolitische Herausforderungen im Bundesland und auf nationaler und internationaler Ebene zu identifizieren. Die Sparkasse Oberösterreich unterstützt die Dialogserie dieses Think Tanks. Kürzlich diskutierte Gerichtspsychiater und Bestsellerautor Reinhard Haller mit Genetiker Markus Hengstschläger über die verschieden Facetten des Bösen.

Generaldirektor Markus Limberger (Sparkasse OÖ), Univ.-Prof. Markus Hengstschläger, Univ.-Prof. Reinhard Haller und ACADEMIA SUPERIOR-Obmann Landesrat Michael Strugl

1,8 Millionen Euro für 243 Projekte

Nicht weniger als 243 Projekte wurden von der Privatstiftung Kärntner Sparkasse im Vorjahr gefördert. Zusammen mit den regionalen Förderungsgesellschaften und zwei weiteren Stiftungen kamen mehr als 300 gemeinwohl-orientierte Institutionen in den Genuss von Sparkasse-Förderungen. In Summe schüttete die Kärntner Sparkasse 2012 über 1,8 Mio. Euro an Fördermitteln aus.

Salzburger gewinnen Schülerliga-Finale

Die Praxis-Neue-Mittelschule Salzburg feierte im Endspiel der 38. Sparkasse-Schülerliga Bundesmeisterschaft einen 4:1-Sieg über das GRG Wien 16, Maroltingergasse. Der Siegerpokal wurde von Unterrichtsministerin Claudia Schmidt überreicht. Das Spiel um Platz drei konnte die NMS 1 Wörgl mit 6:3 gegen die Mannschaft auf Graz für sich entscheiden.

Die Siegermannschaft aus Salzburg

Zur Lebensqualität gehört auch finanzielle Sicherheit

Die Österreicher verbinden mit Lebensqualität in erster Linie Gesundheit, finanzielle Sicherheit, Familie und ein schönes Zuhause. Mangelnde finanzielle Möglichkeiten bedeuten für jeden Dritten eine Einschränkung der Lebensqualität.

Die aktuelle Studie „LebensWert(e)/Geldwerte 2013“ von GfK Austria im Auftrag von s Versicherung, Erste Bank und Sparkassen hat eindeutig ergeben, dass Lebensqualität unweigerlich auch mit finanzieller Sicherheit verbunden ist.

Immerhin 76 Prozent der Österreicher sagen, dass es ihnen gut geht. Gesundheit ist für ein Drittel dafür der wichtigste Faktor. Positiven Einfluss haben für jeden Vierten eine neue Wohnsituation oder neue berufliche Herausforderungen. Das Fehlen finanzieller Möglichkeiten bedeutet für jeden Dritten eine Einschränkung der Lebensqualität. Auffällig ist, dass die Berufsgruppe der Arbeiter aktuell eine signifikant schlechtere Lebensqualität als Angestellte oder Beamte angibt.

Mehr als 95 Prozent der Österreicher stufen Ehrlichkeit und Freiheit als Lebens-Werte ein. Die Familie hat für 94 Prozent besonders hohe Bedeutung, dicht gefolgt von Umwelt/Natur und Wohnen. Materielle Sicherheit wird von 87 Prozent als sehr wichtig bezeichnet. „Die materielle Sicherheit, um den erreichten Lebensstandard auch bis ins hohe Pensionsalter zu erhalten, erfordert entsprechende Planung und Vorsorge“, so Heinz Schuster, Vorstandsvorsitzender der s Versicherung.

Heinz Schuster, s Versicherung: „Müssen die Vorteile von Vorsorgeprodukten deutlich machen.“

Bei einem zusätzlich verfügbaren Betrag von 10.000 Euro würden 40 Prozent der Befragten ein Sparbuch anlegen, 28 Prozent bestehende Kredite tilgen und 24 Prozent in Wohnraum investieren.

„Die Studien zeigen immer wieder, dass den Menschen die Notwendigkeit zusätzlicher Vorsorge mittlerweile durchaus bewusst ist. Die Bereitschaft, in sichere Vorsorgeprodukte zu investieren, hat jedoch noch Grenzen. Dabei reichen bei entsprechenden Ansparzeiten ohne Risikoveranlagung oft schon kleine Beträge aus, um sich für die Zukunft entsprechend abzusichern. Wir leiten daraus den Auftrag ab, die Vorteile der einzelnen Anlageformen noch besser und verständlicher zu erklären“, betont Schuster.

Bausparen ist ein Erfolgsmodell

Immer mehr Länder erkennen die Vorteile des Bausparens. Das zeigte sich bei einem Kongress der Europäischen Bausparkassenvereinigung, zu dem Teilnehmer aus 40 Ländern nach Wien kamen.

„Bausparkassen finanzieren sich ausschließlich durch Einlagen. Das macht sie vom Kapitalmarkt unabhängig“, erläutert Herbert Pfeiffer, aus Österreich stammender Präsident der Europäischen Bausparkassenvereinigung und Chef einer slowakischen Bausparkasse, warum Länder wie Nigeria, Chile oder Vietnam derzeit großes Interesse am Bausparsystem haben. Auch in China wurde kürzlich eine Bausparkasse gegründet.

Der Europäischen Kommission werfen die Bausparkassen vor, dass sie zu lange auf verschuldungsgetriebene Finanzierungssysteme gesetzt habe, die zum Ausbruch der Finanzkrise geführt haben. Die EU habe damit in das gleiche Horn gestoßen wie die Weltbank, die nach wie vor das angelsächsische System für Schwellen- und Entwicklungsländer empfehle. Pfeiffer: „Es ist eine Binsenweisheit, dass jede Investition durch Sparen finanziert werden muss – entweder früher oder später.“ Josef Schmidinger, Chef der s Bausparkasse, wird deutlich: „Es hat noch nie funktioniert, dass man irgendwelche spekulativen Finanzprodukte in eine Mischmaschine wirft und erwartet, dass dann ein Gewinn herauskommt. Was man in die Mischmaschine hinein gibt, das bekommt man auch wieder heraus.“

> „Jede Investition muss durch Sparen finanziert werden.“
>
> Josef Schmidinger, Chef der s Bausparkasse

Als Reaktion auf die Finanzkrise habe die europäische Politik eine gewaltige Regulierungswelle beschlossen – weitgehend undifferenziert. „Es muss darauf geachtet werden, dass risikoreiche und risikoarme Geschäfte nicht über einen Kamm geschoren werden. Es gibt nun einmal einen gewaltigen Unterschied zwischen Zockerbuden und Bausparkassen“, stellt der Direktor der Europäischen Bausparkassenvereinigung, Andreas Zehnder, klar.

Zehnder kritisiert auch die Politik der EZB. Solange diese die Zinsen so niedrig halte, würden Sparer kalt enteignet und demotiviert. „Natürlich muss man Zinspolitik zur Krisenbekämpfung einsetzen, aber man muss auch im Auge behalten, wie sich das auf das Sparen und damit längerfristig auf Investitionen auswirkt.“ *–hre–*

Pfarrer Weber wäre wohl sehr zufrieden

„In jeder Beziehung zählen die Menschen" war auch 2012 wieder gelebtes Motto von 49 Sparkassen und 34 Sparkassenstiftungen. Eine Jahresbilanz, die sich sehen lassen kann.

Sandra Paweronschitz

Sparkassen und Sparkassenstiftungen wendeten 2012 knapp 22,2 Mio. Euro für gemeinwohlorientierte Leistungen auf. Darunter fallen soziale und karitative Projekte, die Initiative und Unterstützung von Projekten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Umwelt. Die Sparkassen fördern zahlreiche Initiativen im kommunalen Bereich und helfen, die Infrastruktur auszubauen und für Sicherheit zu sorgen. Sport- und Jugendförderung waren ebenso Schwerpunkte wie die Unterstützung von Initiativen im Kunst- und Kulturbereich. Zahlreiche Sparkassen tragen ihren Teil zur Restaurierung und zum Erhalt von Baudenkmälern, Kirchen und historischen Gebäuden bei. Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes: „Sparkassen arbeiten für die Menschen und nicht für die Profite einzelner. Sie sind Impulsgeber für die Entwicklung der regionalen und gesellschaftspolitischen Infrastruktur und gleichzeitig ein verlässlicher Arbeitgeber."

Den Regionen verpflichtet

34 Sparkassenstiftungen stehen für die Förderung, Unterstützung und Weiterentwicklung der Region. Durch die Aktienbeteiligung sind die Sparkassenstiftungen eng mit ihren jeweiligen Sparkassen verbunden. Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Dividendenerträge wird jährlich für regionale Projekte ausgegeben. 2012 wurden – trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und allgemeinem Sparzwang – rund 6,5 Mio. Euro allein von den Sparkassenstiftungen aufgebracht.

Investiert wird in die Sicherheit und Infrastruktur der umliegenden Gemeinden, in Kunst, Kultur und Brauchtum. Karitativ und sozial tätige Vereine und Gruppen werden unterstützt, Projekte für Jugend und Sport finanziert oder Ideen, die der Umwelt zugute kommen, gefördert. Auch in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren einige der Sparkassenstiftungen.

Der CSR-Bericht der Sparkassen

> „Regionale Projekte im Mittelpunkt"

Sparkassen sind schon aufgrund ihrer Geschichte und ihres Gründungsauftrags eng mit den Kommunen und Regionen verbunden, schließlich wurden sie einst als Gemeinde- oder Vereinssparkassen gegründet. Heute verwenden sie ihre Mittel, ihre Netzwerke und ihr Engagement, um Gemeinden und Regionen zu unterstützen, um die Infrastruktur zu schaffen, zu erhalten und auszubauen, ganz nach dem Motto des Gründers der Ersten oesterreichischen Sparcasse, Pfarrer Johann Baptist Weber: „In dem Bezirke, wo eine Sparcasse bestehen wird, wird es weit weniger Arme geben."

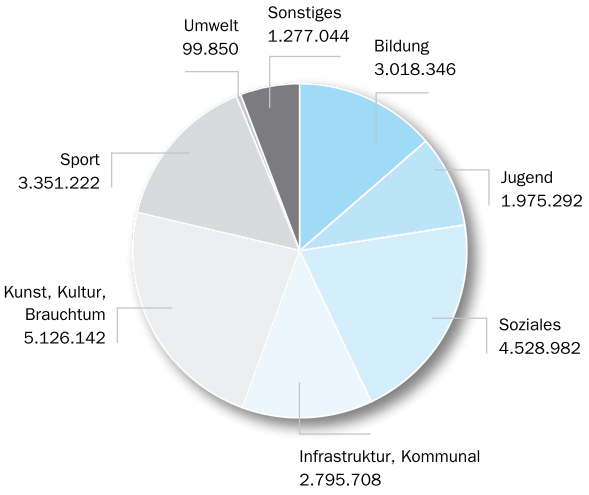
Bildungsauftrag der Sparkassen

Neben vielen langjährigen Partnerschaften mit karitativen Organisationen, etwa den Freiwilligen Feuerwehren, oder den Rettungsorganisationen ist ein Trend zu beobachten, dass Sparkassen und Stiftungen immer häufiger Bildungsprojekte unterstützen. Dabei geht es nicht nur um den Auftrag, den Sparkassen im Bereich Wirtschafts- und Finanzbildung haben, sondern auch um Projekte, die etwa mehrsprachigen Unterricht, die Förderung von benachteiligten Gruppen, Naturwissenschaften oder Lesekompetenz zum Inhalt haben.

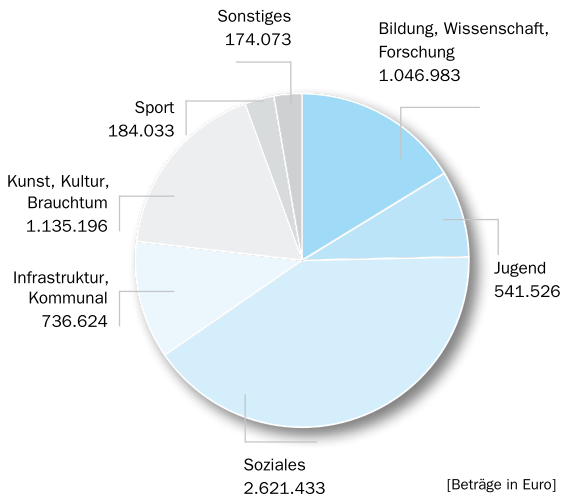
Den Menschen eine Bühne bieten, Kultur vor der Haustüre ermöglichen und das Theater – vom Kindertheater bis zur Straßenperformance – fördern: die Kulturförderung der Sparkassen ist breit gefächert. Ein wesentlicher Teil der Gemeinwohlaktivitäten der Sparkassen dient dazu, die bildende Kunst zu fördern, Jugendliche zur Kreativität zu animieren und der Kunst entsprechend Raum zu geben.

Auch der Sport kommt nicht zu kurz: Mit mehr 200 Laufveranstaltungen, mehr als 150.000 Teilnehmern und rund zwei Millionen gelaufenen Kilometern war Erste Bank Sparkasse Running 2012 erneut Österreichs größte Laufinitiative. Die Sparkassen leisten damit einen Beitrag zum Breitensport und zur Gesundheitsvorsorge. Vielfach werden Laufveranstaltungen mit karitativen Initiativen verbunden.

Gemeinwohl-Ausgaben
Gesamtbetrag: 22.172.586 Euro



Privatstiftungen
Gesamtbetrag: 6.439.868 Euro



Der aktuelle Geschäftsbericht ist auch online abrufbar unter *http://www.sparkassenverband.at/de/Ueber-uns/Berichte-Studien,* der CSR-Bericht unter *http://www.sparkassenverband.at/de/Corporate-Social-Responsibility/CSR-Berichte*

AUSBLICK

Christine Domforth

Bitte, nicht schon wieder!

Es war die bislang teuerste Nacht im Hohen Haus: Am 24. September 2008, vier Tage vor der Wahl, zogen Österreichs Politiker die Spendierhosen an und verteilten in einer Marathonsitzung Milliarden unterm Wählervolk.

Beschlossen wurden damals u. a. eine Verlängerung der Hacklerregelung, eine Aufstockung der Familienbeihilfe, eine Erhöhung des Pflegegeldes, eine außerordentliche Erhöhung der Pensionen, die Abschaffung der Studiengebühren sowie die Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige.

Diese „Wohltaten" wurden inzwischen zwar teilweise wieder zurückgenommen, belasten aber noch heute den Staatshaushalt. Die Wirtschaftsforscher haben ausgerechnet, dass das Budgetdefizit ohne diese „lange Nacht des fiskalpolitischen Sündenfalls" des Jahres 2008 heute um einen halben Prozentpunkt niedriger wäre, die Staatsschuldenquote um gut zwei Prozentpunkte.

Berechtigte Warnungen

Fünf Jahre später zeigt sich, dass die Politiker nicht allzu viel dazu gelernt haben. Wieder umgarnen sie die Bürger jeden Tag mit neuen Wahlversprechen. Mehr Geld für Familien, mehr Geld für Pendler, mehr Geld für den Wohnbau, mehr Geld für den Hochwasserschutz, „Gebührenbremse", Senkung der Lohnnebenkosten oder gleich eine große Steuersenkung – die Phantasie von Rot & Schwarz kennt offenbar keine Grenzen. Die Oppositionsparteien – vor allem jene, die ums politische Überleben kämpfen – treiben es mit ihren Wahlversprechen teilweise noch toller.

Man kann daher dem WIFO-Chef Karl Aiginger nur beipflichten, wenn er eindringlich vor teuren Wahlgeschenken warnt. Zuerst sparen, etwa durch eine Verwaltungsreform, erst dann Geld ausgeben, so Aiginger.

Auch Bernhard Felderer, Österreichs oberster Schuldenwächter, warnt vor Wahlzuckerln, die seien „kontraproduktiv". Ob diese Experten-Mahnungen gehört werden, ist fraglich. Immerhin kommt die „heiße" Phase des Wahlkampfes ja noch.

Wer bietet noch mehr?

Dabei sollten die Politiker sich mit teuren Versprechungen schon allein deswegen zurückhalten, weil im Budget bereits jetzt Milliarden fehlen. Die Hochwasserhilfe war logischerweise nicht eingeplant, dafür dürften die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer – wenn überhaupt – später als erwartet kommen. Das Wirtschaftswachstum ist schwächer als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen, was die Steuereinnahmen drücken wird. Dazu kommen massive Belastungen durch Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit. Und wegen der Alpine-Pleite schnürt die Regierung jetzt auch noch ein Konjunkturpaket. Auch dabei überbieten einander die Politiker nach der Devise „Wer bietet mehr?" mit ihren Versprechungen. Der ausgeglichene Staatshaushalt, den man ursprünglich für das Jahr 2017 angepeilt hatte, wird offenbar auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Dass Wahlkampf überall eine Zeit der wirtschaftspolitischen Unvernunft ist, zeigt ein Blick nach Deutschland. Dort wird ebenfalls in diesem Herbst gewählt und auch die deutschen Politiker versprechen im anlaufenden Wahlkampf den Menschen das Blaue vom Himmel. Doch die Bürger sind in der Mehrzahl nicht mehr so naiv wie die Politiker dies offenbar noch immer glauben. Sie haben schon längst erkannt, dass die Wahlversprechen von heute die Steuererhöhungen von morgen sind. „Zuckerln", die in Wahrheit bittere Pillen sind, braucht niemand.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

„Das ist ein toller Bürostandort“

Die Erste Group Immorent ist Spezialist für Immobilien- und Infrastrukturfinanzierung sowie Projektentwicklung. In Österreich und vor allem im CEE-Raum. Ein Großprojekt ist derzeit die Errichtung des „Erste Campus“ beim neuen Wiener Hauptbahnhof, bei dem CEO Richard Wilkinson leicht ins Schwärmen kommt …

„Jeder bekommt absolut einen gleichwertigen Arbeitsplatz, es wird schöne und helle Räume geben. Das architektonische Konzept, welches den Zuschlag bekommen hat, fasziniert eben durch seine ausnahmslos hohe Qualität für jeden Mitarbeiter“, betont Immorent-Vorstandschef Richard Wilkinson in einem Gespräch mit der Sparkassenzeitung. Rund 4.000 Mitarbeiter werden auf den rund 90.000 Quadratmetern Nutzfläche nicht nur ein modernes, ansprechendes Arbeitsumfeld vorfinden. „Der Campus wird ein toller Bürostandort. Die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ist dicht und optimal, die Erreichbarkeit nicht nur innerösterreichisch attraktiv, sondern auch internationale ein Signal“, unterstreicht Wilkinson.

Richard Wilkinson: „Ich weiß noch gar nicht, wo die Immorent am Campus residieren wird.“

Anreise per Bahn

Aus vielen Hauptstädten der CEE-Länder werde es zeitlich interessanter werden, mit der Bahn anzureisen als mit dem Flugzeug. Insofern sei diese Standortwahl durchaus auch als ein Signal an die Gesellschaften der Erste Group in Zentral- und Südosteuropa zu verstehen. Mit diesem Projekt setze man nicht nur einen städtebaulichen Akzent im sich jetzt dynamisch entwickelndem Umfeld des Hauptbahnhofs, sondern auch eine klare Botschaft ab: Ost- und Südosteuropa bleiben für die Group im Fokus.

Passivhaus für gewerbliche Zwecke

Doch aktuell sind auch andere Großprojekte: Die Immorent hat vor Kurzem den Grundstein für den SILO – das erste Passivhaus Wiens für gewerbliche Mieter – gelegt. Die Fertigstellung ist für Dezember 2014 geplant. Dazu Wilkinson: „Auf diesem Areal war früher ein holzverarbeitender Betrieb, der den Silo als Sägemehlspeicher nutzte. Uns war es ein Anliegen, die alte Bausubstanz zu erhalten und den Silo in das neue Projekt zu integrieren.“

Der alte Speicher wird nun eine neue Aufgabe bekommen. Andreas Stavik, Vorsitzender von KONE Österreich, hat bei der Grundsteinlegung angekündigt, ihn als Testschacht für neue Aufzüge verwenden zu wollen. Der Hersteller von Aufzügen und Rolltreppen wird mit Jahresbeginn 2015 in das Objekt einziehen und etwa ein Drittel der insgesamt 13.000 m² nutzen. Beim Projekt SILO sollen bis zu 70 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Ressourcen gedeckt werden. Den Mietern wird zudem auf Wunsch die Höhe der Betriebskosten für die nächsten zehn Jahre garantiert. Dadurch werde der Mietaufwand leichter kalkulierbar und die Betriebskostennachzahlung entfalle, betont Wilkinson. Er sieht wachsendes Interesse auch der gewerblich-industriellen Investoren für Immobilien-Projekte der Nachhaltigkeit.

SILO – das erste Passivhaus Wiens für gewerbliche Mieter

Drei Stabilitätsländer im CEE-Raum

Wie sieht der Immorent-Vorstandsvorsitzende die aktuelle Lage im CEE-Raum? „Tschechien, die Slowakei und Polen sind die Stabilitätsländer was die Nachfrage nach Bürostandorten, Handelsstandorten und Lagerkapazitäten betrifft“, so Wilkinson. In Rumänien gebe es erste Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung, die Lage in Kroatien werde durch den Beitritt zur EU sicher eine Stabilisierung erfahren und in Serbien gäbe es eine Fülle von Entwicklungspotenzial. Problematisch sei die Lage weiterhin in Ungarn, wo die Leerstandsquoten im älteren Baubestand die 20-Prozent-Marke überschreiten. Als schwierig sei auch der slowenische Markt zu bezeichnen.

Was die künftigen Schwerpunkte betrifft, so unterstreicht Wilkinson die Tourismus-Kompetenz: „Wir haben als Begleiter der Sparkassen in der Finanzierung bzw. Entwicklung touristischer Projekte in Zentraleuropa viel Know-How angesammelt, das jetzt breiter genutzt werden kann.“

Projekte in Österreich

Und in Österreich? Nicht ohne Stolz verweist Wilkinson auf die Umfinanzierung von Leasing auf Auskauf beim Fachhochschul-Campus in Wien-Favoriten (Laaerberg) mit einem Volumen von rund 51 Mio. Euro. Dazu gesellen sich die Finanzierung der nächsten Ausbaustufe des Institute for Science and Technology bei Klosterneuburg, eine Spitalsfinanzierung in Hainburg sowie der Ausbau von Schuleinrichtungen in der Salzburger Gemeinde Thalgau.

> „Campus ist Signal an die CEE-Gesellschaften“

Das derzeitige Finanzierungsvolumen der Immorent liegt insgesamt bei 4,2 Mrd. Euro. Rund 440 Mitarbeiter – davon 90 Bautechniker und Projektentwickler – sind dabei für eine wichtige Dienstleistung der Sparkassengruppe international unterwegs. *-üh-*

Sparkassen gewinnen mehr Kundenvertrauen

Trotz des turbulenten wirtschaftlichen Umfelds gelang es Erste Bank und Sparkassen 2012, als verlässlicher und vertrauensvoller Partner zu agieren, was sich nicht zuletzt in einem Plus von 8,9 Prozent an Kundengeldern niederschlug. Der Wert der Wertpapierdepots stieg um satte 15,1 Prozent.

Das Betriebsergebnis der heimischen Sparkassen sank 2012 deutlich um 12,0 Prozent auf 681 Millionen Euro, der Jahresüberschuss reduzierte sich damit um 14,6 Prozent auf 220 Mio. Euro. Die Bilanzsumme der Erste Bank und Sparkassen ist im turbulenten Jahr 2012 gegenüber 2011 mit einem Minus von 0,3 Prozent auf 86,2 Mrd. Euro praktisch konstant geblieben.

Die Kundenforderungen sind bei Erste Bank und Sparkassen gegenüber 2011 um –0,5 Prozent auf 54,9 Mrd. Euro gesunken, was besser als der Branchendurchschnitt (–1,2 Prozent) ist.

Die Forderungen an Unternehmen stiegen um 1,0 Prozent auf 20,3 Mrd. Euro, die Forderungen an Private sanken dagegen um 0,4 Prozent auf 25,7 Mrd. Euro.

Die Loan to Deposit Ratio, also das Verhältnis von Krediten zu Einlagen, betrug im Vorjahr 97,6 Prozent (2011: 100,6 Prozent), was bedeutet, dass allen Krediten in etwa gleich hohe Einlagen gegenüberstehen. Der Branchenschnitt liegt bei 126,8. Für die Sparkassen heißt das, dass sie trotz finanzwirtschaftlich turbulenter Zeiten die Finanzierung der KMU weiterhin flächendeckend leisten und eine „Kreditklemme“ vermeiden konnten. *–sap-*

Foto: Perjen

„Bankshop“ in der Sparkasse Imst

Neue Haftungsregeln für Banken in der EU

Ende Juni haben sich die Finanz- und Wirtschaftsminister der EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Position zur geplanten Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten geeinigt. Die Richtlinie gilt als ein Kernstück in den aktuellen Reformbestrebungen. Sie soll gewährleisten, dass Bankenrettungen zu Lasten des Steuerzahlers in Zukunft nur noch die Ausnahme bleiben sollen.

Ole Weigmann, Sparkassenverband Büro Brüssel

Kernstück des Vorhabens sind Maßnahmen zur Beteiligung von Anteilseignern und privaten Gläubigern an einer Bankenabwicklung. Einlagen unter 100.000 Euro bleiben weiterhin gesichert. In einer ersten Reaktion zeigte sich Finanzministerin Maria Fekter zufrieden mit dem Ergebnis der Einigung.

Eigentümer und Gläubiger eines Institutes sollen nach dem Gesetz dazu verpflichtet werden, im Falle einer Abwicklung ihre Anleihen entweder abzuschreiben oder in Eigenkapital der Bank umzuwandeln („bail-in"). Banken müssen dazu bis 2018 acht Prozent ihrer Verbindlichkeiten in umwandlungsfähiger Form bereithalten. Eine strikte Auszahlungsreihenfolge soll gewährleisten, dass Rechtssicherheit für Gläubiger besteht. Danach sollen Einlagen von Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen über 100.000 Euro erst dann herangezogen werden, wenn alle anderen Verbindlichkeiten zur Rekapitalisierung nicht ausreichen. Einlagen unter 100.000 Euro sind weiterhin durch Einlagensicherungssysteme geschützt. Zuletzt gab es zwischen den Mitgliedsstaaten Streit darüber, wie viel Flexibilität nationalen Aufsichtsbehörden im Falle einer außerordentlichen Bankenkrise gewährt werden soll. Einige Länder wie Frankreich und Großbritannien hatten sich damit durchgesetzt, bestimmte Klassen von Verbindlichkeiten wie etwa Derivate im Falle einer systemweiten Bankenkrise ganz von den Regeln ausnehmen zu können. Zudem sollten die Regeln institutsspezifisch angewandt werden, um auf strukturelle Besonderheiten einer Bank angemessen reagieren zu können.

> „Sanierungspläne sind zu erstellen."

Nationaler Fonds soll Maßnahmen finanzieren

Um die verschiedenen Abwicklungsmaßnahmen zu finanzieren, müssen Banken Mittel in einen nationalen Abwicklungsfonds einzahlen. Bis zuletzt hatte es Streit um die Ausstattungshöhe gegeben. 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen sollen Sparkassen und andere österreichische Kreditinstitute in Zukunft entrichten. Beiträge in Einlagensicherungssysteme bleiben davon unberührt.

Die neuen Haftungsregeln sollen gewährleisten, dass Bankenrettungen zu Lasten des Steuerzahlers in Zukunft nur noch die Ausnahme sein sollen.

Geplant ist, die verschiedenen Abwicklungsinstrumente von der nationalen Finanzaufsicht katalogisieren zu lassen. Behörden sollen jedoch bereits dann Maßnahmen anordnen können, wenn die Bank in eine Schieflage geraten ist, aber noch als lebensfähig eingestuft wird. Die dafür notwendigen Sanierungspläne würden von den Instituten erstellt werden. Um Kosten und Verwaltungsaufwand gering zu halten, sollen für kleinere Sparkassen und andere nicht systemrelevante Institute erleichterte Bestimmungen bei der Aufstellung der Sanierungs- und Abwicklungspläne gelten. Für europaweit tätige Bankengruppen wie die Erste Group werden zusätzliche Bestimmungen greifen, mit denen eine grenzüberschreitende Sanierung und Abwicklung gewährleistet werden soll.

Nächste Schritte

Der Rat wird sich in den kommenden Monaten mit Vertretern des Europäischen Parlaments treffen, um über die Richtlinie Einigung zu erzielen. Der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments hatte bereits im Mai eine gemeinsame Haltung gefunden. Nach Einschätzung von Beobachtern des Verhandlungsprozesses ist die Einigung im Rat zu diesem Zeitpunkt eine Voraussetzung dafür, dass über die Richtlinie noch innerhalb der Wahlperiode des Europäischen Parlamentes abgestimmt werden kann. Europawahlen finden im Mai nächsten Jahres statt. Nach Verabschiedung muss die Richtlinie noch in nationales Recht umgesetzt werden.

Keine Flaute bei aktiven Direktinvestitionen

Während ausländische Investoren noch recht zurückhaltend agieren, bauen österreichische Investoren ihre Positionen im Ausland aus. Wie die jüngste Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank zeigt, stagnierte das Unternehmensvermögen des Auslands in Österreich, während der Wert der Direktinvestitionen heimischer Investoren im Ausland deutlich zulegen konnte.

„Nach den vorliegenden Informationen aus der Zahlungsbilanzstatistik hält diese Tendenz bis heute an", meinte Johannes Turner, Direktor der Hauptabteilung Statistik der OeNB, anlässlich einer Präsentation des „World Investment Report 2013" in Wien. Zu diesem Zeitpunkt war aber der Verkauf der Leiner-Kika-Gruppe ins Ausland noch nicht evident.

Für Jahresbeginn 2012 weist die Statistik 1366 österreichische Investoren (+2 Prozent) mit Beteiligungen an 4901 ausländischen Unternehmen (+3,5 Prozent) aus, die einen Wert von 146,5 Mrd. Euro (+11 Prozent) repräsentieren. Die Beschäftigung in den ausländischen Tochterunternehmen wuchs mit 6,2 Prozent (auf 762.400) deutlich weniger stark als deren Umsatz (+14,8 Prozent).

Die Entwicklung der passiven Direktinvestitionsbestände – also der unter ausländischem Einfluss stehenden inländischen Unternehmen – war durch eine Ausweitung der Aktivitäten vieler kleiner Unternehmen gekennzeichnet, denen massive Abwertungen bei großen Unternehmen gegenüber standen: So ist es auch zu erklären, dass der Bestand an passiven Direktinvestitionen stagnierte, obwohl die Zahlungsbilanz des Jahres 2011 einen Kapitalzufluss von 7,5 Mrd. Euro verzeichnet hatte. Zum Jahresultimo 2011 waren 3218 Ausländer an 2823 inländischen Unternehmen mit mehr als 100.000 Euro Eigenkapital beteiligt, wobei der Wert geringfügig auf 118 Mrd. Euro gefallen ist. Beschäftigung und Umsatz sind um 10 bzw. 2 Prozent gestiegen.

> „Auslandsinvestments kennen keine Krise."

Sicherer Hafen gesucht

In der Krise suchen Investoren einen sicheren Hafen. Sie scheinen ihn in Deutschland gefunden zu haben: 31 zusätzliche Beteiligungen (von 183), eine Wertsteigerung um 1 Mrd. Euro und eine Beschäftigungsausweitung um mehr als 7000 Personen festigen 2011 die Rolle Deutschlands als wichtigstes Ziel heimischer Direktinvestitionen. Im Sinne einer Diversifizierung geht das Gewicht Zentral-, Ost- und Südosteuropas weiterhin leicht zurück.

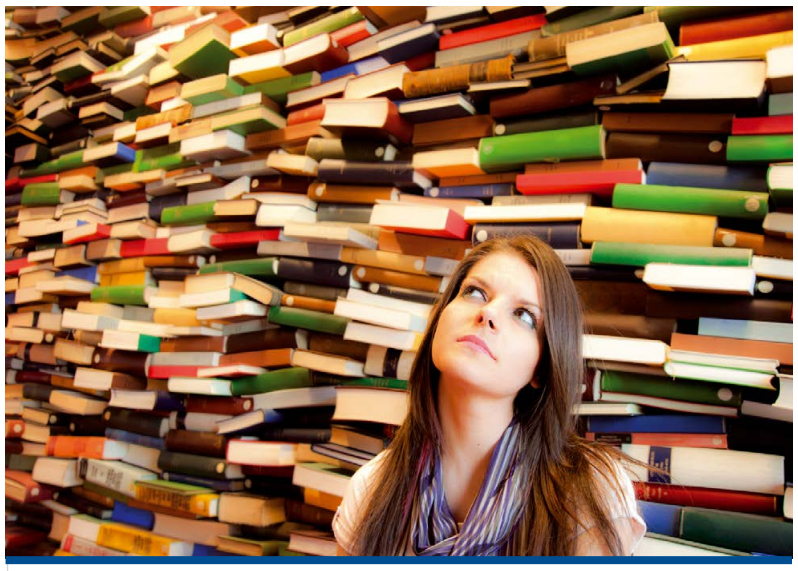
Unter den ausländischen Investoren in Österreich hat Deutschland im Jahr 2011 seine dominierende Position gefestigt. 4 Mrd. Euro an zusätzlichem Kapital, mehr als 90 zusätzliche Beteiligungen und 9000 zusätzliche Arbeitsplätze verzeichnete die Notenbank im Jahr 2011. Mit deutlichem Abstand folgen die USA, Italien, die Schweiz und die Niederlande, wobei Italien wegen einer statistischen Neubewertung der Bank Austria merklich an Boden verloren hat. *-üh-*

Foto: Rosenbauer

Fahrzeug des österreichischen Feuerwehrausrüsters Rosenbauer in Paris

„Nach der Wahl kommt Vernunft zurück“

Die parlamentarische Arbeit ist beendet, vor den Nationalratswahlen am 29. September gibt es keine politischen Entscheidungen mehr. Umso interessanter ist es, wie es inhaltlich nach der Wahl weitergeht. Vor allem aus Bankensicht stellt sich die bange Frage: Was fällt der Politik im Zuge des Bashings gegenüber den Kreditinstituten noch alles ein. Achterbahn sprach darüber mit der Geschäftsführerin des Instituts „Ratio Austriae“, einem Think-Tank für Vernunftbegabte, Prof. Dr. Maria Hoffnung-Schimmer.



Wissenschaftlich erwiesen: Gleich nach dem Schließen der Wahllokale kommt es zu einem Wiederaufkeimen des politischen Pragmatismus.

Achterbahn: Mit welchen wirtschaftspolitischen und finanzwirtschaftlichen Szenarien rechnet Ihr Institut eigentlich für die letzten Monate dieses Jahres?
Hoffnung-Schimmer: Unsere Prognosemodelle gehen davon aus, dass es im vierten Quartal dieses Jahres zu einem signifikanten Wachstum des ÖVI, also des Österreichischen Vernunft-Index kommen dürfte. Empirische Langzeitstudien von Ratio Austriae haben nämlich ergeben, dass monatelange Perioden der rezessiven Vernunftentwicklung vor allem in Vorwahlzeiten sehr häufig anzutreffen sind. Dabei kommt es zu einer Eskalation der emotionalen Begehrlichkeiten sowie zu einer signifikanten Verengung des Realitätsbewusstseins. Bestenfalls macht der ÖVI dabei eine Seitwärtsbewegung durch, wie wir das ja von den Börsen her kennen. Stark steigend sind derzeit hingegen der Klientel-Bedienungsindex, der gesamtwirtschaftliche Neidfaktor und die Banken-Vernaderungsquote in den politischen Aussagen.

Sie glauben also tatsächlich, dass nach der Wahl der Realismus und die Einsicht in die Sachzusammenhänge wiederkehren?
Diese beiden Phänomene verschwinden ja im Wahlkampf nicht gänzlich, sie werden jedoch von einer Art des politischen Balzverhaltens deutlich überlagert. Das heißt, es gibt weiterhin ein latentes Vernunftbewusstsein – auch in der Politik.

Wie wird sich also Ihrer Meinung nach dieser Paradigmenwechsel nach dem Wahlsonntag auswirken?
Gleich nach dem Schließen der Wahllokale – das ergeben so gut wie alle empirischen Befunde aus unseren Untersuchungsreihen – kommt es zu einem Wiederaufkeimen des politischen Pragmatismus. Zwar klingen manche Stellungnahmen noch am Wahltagsabend wie eine Wahlkampfrede, aber spätestens nach der ersten Sitzung der jeweiligen Parteigremien gewinnt das Evolutionäre über das Revolutionäre klar die Oberhand.

Das klingt sehr abstrakt. Was hat das etwa für die heimische Kreditwirtschaft zu bedeuten?
Schön, damit auch Sie es verstehen: Schon wenige Tage nach der Wahl setzt sich beispielsweise die Erkenntnis durch, dass man funktionsfähige Banken für die Finanzierung des nahenden Wirtschaftsaufschwungs dringend braucht.

Aber das weiß man doch schon jetzt, Wochen vor der Wahl!
Sie wollen offensichtlich nicht verstehen: Die ökonomische Vernunft ist im Wahlkampf auf eine Art Unterbewusstsein reduziert. Die Wirtschaftslage ist darüber hinaus gegenwärtig nicht rosig, also müssen Schuldige definiert werden. In der Regel ist das der politische Gegner. Aber die Emotionen können dann wesentlich stärker ausgelebt werden, wenn sich alle politischen Mitbewerber auf einen Schuldigen einigen – und das sind derzeit eben die Banken.

Heißt das, dass auch die Kreditwirtschaft Hoffnung schöpfen kann?
Unser Institut geht davon aus, dass sich auch hier eine vernunftbegabte Betrachtungsweise durchsetzt. Ich kann mir vorstellen, dass man die heimische Bankensteuer, die Regelungen aus Basel III, die Kosten für die Europäische Bankenunion, die Eigenmittelzufuhr zur Erhöhung des Eigenkapitals, die Kosten der Finanztransaktionssteuer, die Schaffung zusätzlich zu dotierender Fonds wie etwa zur Einlagensicherung als kumulative Belastung begreift, die sehr negative Folgen für die Gesamtwirtschaft haben kann. Dieser Zusammenhang ist an sich sonnenklar, selten lassen sich bei einer Branche die Interdependenzen so deutlich aufzeigen.

Und was macht Sie bei dieser Einschätzung sicher?
Ratio Austriae verfügt über fundierte, wissenschaftlich erhärtete Informationen, dass auch hierzulande die Politik dem Sachargument zuweilen zugänglich ist. Nicht immer und nicht immer in der erforderlichen Intensität, aber es gibt bei den meisten politischen Entscheidungsträgern etwas, was wir in der empirischen Politologie die „vernunftbegabte Sozialisierung“ nennen. Also, die Finanzpolitik etwa erkennt plötzlich, dass man mit einer Finanztransaktionssteuer, mit einer Kursgewinnbesteuerung ohne Behaltefrist sowie mit zusätzlichen Vermögenssteuern den Börseplatz Wien oder den Kapitalmarkt Österreichs ruiniert. Oder der Politik wird klar, dass jeder Prozentpunkt mehr an Steuerbelastung die Aktivitäten der Bürger zur Steuervermeidung exponentiell ansteigen lässt.

Grenzt da Ihr Optimismus nicht an politische Schönfärberei?
Glauben Sie ernsthaft, ich setze mit einem Interview für eine Publikation, die sich an Entscheidungsträger einer Bankengruppe richtet, die öffentlichen Aufträge für Ratio Austriae aufs Spiel? *-üh-*

Dieser Ausgabe liegt eine **Beilage der WKBG Wiener Kreditbürgschafts- und Beteiligungsbank AG** bei.

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl;
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 1. 7. 2013 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Unwissenheitsvermutung

Steuerpolitische Details sind ihm fremd, der fein ziselierte Sanierungspfad für die Staatsfinanzen ficht ihn nicht an. Frank Stronach ist wohl der erste international tätige Unternehmer im Lande, der sich offen gegen die Gruppenbesteuerung ausspricht. Dass diese Österreich mittlerweile zum Standort von mehr als 600 regionalen Headquarters gemacht hat, das scheint ihm nicht bekannt zu sein. Somit weiß er wohl auch nicht, dass der heimische Arbeitsmarkt dieser Tatsache tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze verdankt, denn diese Unternehmenszentralen, die von Österreich aus meist ihre Tochtergesellschaften im CEE-Raum koordinieren, schaffen naturgemäß Bedarf an hochspezialisierter Dienstleistung.
Ebenso wenig kümmern ihn offensichtlich die aktiven Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland. Auch diese sind für den Wirtschaftsstandort Österreich und für den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Doch „Frank“ möchte mittels begünstigtem Körperschaftssteuersatz von 10 Prozent all jene belohnen, die den Gewinn „im Lande lassen“. Wenn sie dann den Gewinn sofort in Mitarbeiterbeteiligungen umwandeln, also den Beschäftigten Unternehmensanteile anbieten, dann soll die Köst überhaupt wegfallen. Der wahre Wirtschaftsmotor sind für ihn der private Konsum und der unternehmerische Maschinenkauf, für den „man dann ja wieder Steuer zahlen muss“. Der Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer kommt in diesem „Denkmodell“ nicht vor. Ob dann bei der Überantwortung von Unternehmensanteilen an die Belegschaft irgendwelche Steuern anfallen sollen (immerhin wäre das ja ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis), das will er auch nicht diskutieren. Wie man den Ausfall bei der Körperschaftsteuer – sie macht knapp 7 Mrd. Euro aus – budgetär kompensiert, damit hält er sich ebenfalls nicht lange auf …
Selten zeigte sich ein „Wirtschaftsfachmann“, für den er sich ohne falsche Bescheidenheit allemal hält, in Fragen der Steuer- und Fiskalpolitik so unbedarft wie der jüngste Parteiengründer in seiner jüngsten TV-Pressestunde. Der Wahlkampf ist noch gar nicht so richtig angelaufen, aber eines kann man jetzt schon sagen: Die Diskussionen mit Frank versprechen ab dem Spätsommer eine richtige Hetz' zu werden.
Es gilt die Unwissenheitsvermutung. *-üh-*

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Die Lage ist facettenreicher als erwartet.“
Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser zum Finanzdebakel in seinem Bundesland

„„Statt grillen und chillen müsste man dann halt im Sommer Lösungen und Programme entwickeln.““
Johannes Voggenhuber gibt den Grünen einen Rat für die Sommerpause

„Ich fühle mich begnadigt, etwas für dieses Land zu tun.“
Frank Stronach in der ORF-Pressestunde